



Antragsbuch

**Bezirksparteitag
SPD Weser-Ems**

30. April 2022

Bad Zwischenahn
Wandelhalle

Antragsübersicht zum SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

(Stand zum Antragsschluss am 18.3.2022)

S - Satzungsänderung		
S 1	BV Weser-Ems	Streichung § 6 BezStat
S 2	BV Weser-Ems	Umbenennung in Präsidium
A - Arbeit		
A 1	KV Vechta (Jusos)	Gleichsetzung des Volantariates in allen Branchen
B - Bildung		
B 1	OV Norden	Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt der Lehrer:innen-Ausbildung
B 2	AfB Weser-Ems	Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben
B 3	OV Norden	Digitalpakt ausbauen und ausweiten
B 4	OV Norden	Solidarisch und verantwortungsbewusst prüfen
B 5	AfB Weser-Ems	Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung
B 6	AsF Weser-Ems	Verlängerung der Berufsbildungszeit für Menschen mit geistiger Einschränkung
B 7	AsF Weser-Ems	Einrichtung einer Förderschule für Geistige Entwicklung
B 8	UB Oldenburg-Land	Verbesserung der Erzieher:innenausbildung

G – Gleichstellung		
G 1	Jusos Weser-Ems	Stärkung der Frauenförderung und Beseitigung struktureller Defizite in Weser-Ems
G 2	Jusos Weser-Ems	Bessere Vereinbarkeit von Mandat und Elternschaft
Soz - Soziales		
Soz 1	AsF Weser-Ems	Geburtshilfe gehört in die Grundversorgung
Soz 2	AsF Weser-Ems	Besserstellung von pflegenden Angehörigen in der gesetzlichen Rentenversicherung
Soz 3	Jusos Weser-Ems	Bürgerversicherung
Soz 4	Jusos Weser-Ems	Digitalisierung des Impfbuches – Das Impfbuch gehört auf die Gesundheitskarte
Soz 5	Jusos Weser-Ems	Webemittel finanziert über Krankenkassenbeiträge
U - Umwelt		
U 1	KV Vechta (Jusos)	Dachbegrünung von Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs
U 2	Jusos Weser-Ems	Feuerwehren auf Dürresommer vorbereiten
U 3	Jusos Weser-Ems	Konsequente Aufarbeitung des Moorbrandes im Emsland
W – Wirtschaft		
W 1	Jusos Weser-Ems	Algorithmen als Manifestierung des Patriarchats verhindern
W 2	Jusos Weser-Ems	Big Data – Blinde Flecken im Datenschutz schließen
W 3	Jusos Weser-Ems	Kostenfreie Beförderung
Resolutionen		

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. S 1**

3 **Antragsteller: *Bezirksvorstand SPD Weser-Ems***

4 **Streichung §6 BezStat**

5

6 **Satzungsändernder Antrag**

7

8 **Streichung §6 BezStat**

9

10 Der SPD-Bezirksvorstand stellt den Antrag den §6 des Bezirks-
11 statuts ersatzlos zu streichen.

12

13

14 Begründung:

15 Seit dem Bundesparteitag 2015 ist die Gastmitgliedschaft in
16 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht mehr
17 möglich und abgeschafft.

18 Daher muss der betreffende Paragraph im Bezirksstatut eben-
19 falls ersatzlos gestrichen werden

20

21

22 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

23

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. S 2** (vorläufige Nummerierung! Die endgültige
3 nimmt die Antragskommission vor!)

4 **Antragsteller: *Bezirksvorstand SPD Weser-Ems***

5 **Umbenennung in Präsidium**

6
7 **Satzungsändernder Antrag zur §22 BezStat**

8
9 **§ 22 [Streiche:]~~Geschäftsführender Bezirksvorstand~~
10 [Setze:]Präsidium**

11
12 (1) Zur Durchführung seiner Aufgaben und der laufenden politi-
13 schen und organisatorischen Geschäftsführung wird ein ~~Ge-~~
14 ~~schäftsführender Vorstand~~ **Präsidium** gebildet, der aus der oder
15 dem Bezirksvorsitzenden, den stellvertretenden Bezirksvorsitzen-
16 den, der Schatzmeisterin oder dem Schatzmeister und zwei weite-
17 ren Mitgliedern besteht, die aus dem Kreis der weiteren stimmbe-
18 rechtigten Bezirksvorstandsmitglieder vom Bezirksvorstand ge-
19 wählt werden.

20
21 (2) ~~Der Geschäftsführende Vorstand~~ **Das Präsidium** erstattet dem
22 Bezirksvorstand laufend Bericht.

23
24
25 Begründung:

26
27 Die inzwischen übliche Benennung des bisherigen Gremiums
28 eines geschäftsführenden (Bezirks-) Vorstandes ist landes- und
29 bundesweit „Präsidium“
30 Den Gebrauch dieser Bezeichnung wollen wir auch im Statut
31 des Bezirks einführen.

32
33
34 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

2 **Antrag Nr. A 1**

3 **Kreisverband Vechta**

4 ***Gleichsetzung des Volantariates in allen Branchen***

5
6 **Antrag:**

7
8 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen, dass der tariflich fest-
9 gesetzte Anspruch von Volontär*innen im Journalismus bezogen
10 auf Dauer, Ausbildungsinhalte und Bezahlung für alle Branchen gel-
11 ten soll. Dies betrifft insbesondere das Volontariat in PR-Agenturen
12 und Buchverlagen, da hier das Volontariat nicht geregelt ist. Werden
13 die festgesetzten Ansprüche nicht erfüllt, ist eine geringfüge Bezah-
14 lung untersagt und das Gehaltsniveau hat sich entsprechend ihrer
15 ausgeübten Tätigkeit zu orientieren. Es soll außerdem eine anony-
16 misierte Beschwerdestelle geschaffen werden.

17
18 **Begründung:**

19 Während das Volontariat für angehende Journalist*innen tariflich
20 verankert ist, ist das Volontariat in anderen Branchen, wie PR-
21 Agenturen oder Buchverlagen, nicht geregelt. Hierdurch kann es zur
22 missbräuchlichen Verwendung eines Volantariates kommen. Vo-
23 lontär*innen erhalten nur eine geringfügige Bezahlung und sollen
24 im Gegenzug eine fundierte Aus- bzw. Weiterbildung erhalten. In
25 anderen Branchen ist jedoch nicht geregelt, welche Ausbildungsin-
26 halte vermittelt werden müssen. Eine Agentur könnte also für eine
27 volle Stelle mit geringem Personalkostenaufwand Volontär*innen
28 einstellen, unzureichend und damit kostengünstig ausbilden und
29 nach zwei Jahren den Vertrag auslaufen lassen. Dieses Vorgehen
30 können sie nach Belieben wiederholen. Diese Strukturen wollen wir
31 zum Schutz der Volontär*innen ändern.

32
33 Weiterleitung an:

34 - SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der
Antragskommission:

**Weiterleitung als
Material an die
Bundestagsfraktion**

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. B 1**

3 **OV Norden**

4 ***Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbil-***
5 ***dungsinhalt der Lehrer*innen-Ausbildung***

6
7 **Antrag:**

8 Der SPD Bezirk Weser-Ems fordert den Landesvorstand der SPD
9 Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregie-
10 rung (hier. MK – Kultusministerium – und MWK – Wissenschafts-
11 ministerium) die Lehrkräfteausbildung, unter dem Aspekt des der-
12 zeitigem Homeschooling bzw. Distancelearning und Onlinekonfe-
13 renzen, in den Fokus nimmt. Studierende und angehende Lehr-
14 kräfte müssen im Umgang mit der Hardware und der dazugehöri-
15 gen Software entsprechend ausgebildet sein.

16 Dazu muss für die entsprechende Infrastruktur an den Hochschu-
17 len und Studienseminaren gesorgt werden, um den Studierenden
18 sowie den angehenden Lehrkräften umgehend zielgerichtete Aus-
19 bildungsinhalte im Bereich der (verantwortungsvollen) Anwen-
20 dung der digitalen Medien und dem Datenschutz vermitteln zu
21 können. Hierzu sind in jedem Fach medienpädagogische und medi-
22 endidaktische Module in der Ausbildung vorzuhalten, um zu ler-
23 nen, wie Unterricht mit digitalen Medien funktioniert.

24 Unabhängig von diesen Forderungen ist dafür Sorge zu tragen,
25 dass für die bereits in Schule Tätigen die 10-Punkte-Agenda des
26 MK umgehend umgesetzt wird.

27
28 **Begründung:**

29 Konsequenzen aus der Pandemie ziehen bedeutet, auch die Digita-
30 lisierung im Bildungsbereich in allen Facetten nachhaltig auf den
31 Weg zu bringen.

32 Viele der völlig überlasteten Kolleginnen und Kollegen mussten
33 sich während der Pandemie das Wissen in kürzester Zeit und in zu-
34 sätzlichen Fortbildungen aneignen.

35 Entsprechend ist es anzuraten, den Umgang mit Hard- und Soft-
36 ware für Online-Unterricht, Online-Konferenzen, Dienstbespre-
37 chungen und so weiter mit allen technischen und datenschutz-
38 rechtlichen Belangen als einen Teilaspekt in die Ausbildung zu in-
39 tegrieren. Somit kann die Grundlage geschaffen werden in ver-
40 schiedenen möglichen Szenarien eine flexible, befristete Unter-
41 richtsfortführung zu gewährleisten.

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

42

43 Ungeachtet dessen ist und bleibt jedoch, dass der direkte und per-
44 sönliche Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden der uner-
45 setzliche Quell des Lernens ist. Lernen ist Beziehungsarbeit.

46

47

48 Weiterleitung an:

49 - SPD-Landesparteitag

50

2 **Antrag Nr. B 2**

3 **AfB Weser-Ems**

4 ***Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben***

5
6 **Antrag:**

7
8 Die SPD Niedersachsen wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
9 dass in Abschlussklassen der allgemeinbildenden Schulen und der
10 berufsbildenden Schulen ein Projekttag „Zukunftstag - dein Crash-
11 kurs fürs Leben“ für Schülerinnen und Schüler regelmäßig durch-
12 geführt wird. Der Kultusminister wird gebeten die notwendigen
13 Maßnahmen hierfür einzuleiten und die Schulen in der Durchfüh-
14 rung zu unterstützen.

15
16
17 **Begründung:**

18 Durchgeführte Projekttag in NRW und Hessen haben gezeigt, dass
19 dieses Format hilfreich für die Schülerinnen und Schüler bei der Be-
20 wältigung ihres selbstbestimmten Alltags hilfreich ist. Dieser Pro-
21 jekttag ist auf Initiative von Schülerinnen und Schülern auf den
22 Weg gebracht worden. Inhalte sind die Themen Steuern, erste ei-
23 gene Wohnung, Finanzen und Krankenversicherung. Es soll den
24 Schülerinnen und Schülern eine erste Orientierung für ihren Start
25 in ein selbstorganisiertes Leben geben. Eine Duplizität mit dem
26 girls-and-boys-day ist nicht gegeben, da dieser eine reine Berufsori-
27 entierung im Focus hat.

28 Näheres zur Durchführung ist auf der Website
29 www.zukunftstag.org zu finden.

30
31 **Weiterleitung an:**

- 32 - SPD-Landesparteitag
33 - SPD-Landtagsfraktionen

34
35
36
37

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

Antrag Nr. B 3

OV Norden

Digitalpakt ausbauen und ausweiten

Antrag:

Der SPD Bezirk-Weser-Ems fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass der Digitalpakt Schule ausgebaut und verstetigt sowie auf andere Bildungsbereiche ausgeweitet werde.

Lehrende und Lernende müssen endlich mit digitalen Endgeräten ausgestattet, Lernplattformen für die Schulen zur Verfügung gestellt und IT-Administratoren eingestellt werden. Zudem muss endlich eine stabile digitale Infrastruktur geschaffen werden. Die nicht ausreichende digitale Ausstattung der Schulen verschärft die soziale Spaltung in der Gesellschaft. Dieser Prozess muss gestoppt werden, die Gesellschaft braucht mehr demokratische Teilhabe aller Menschen an der digitalen Welt.

Unverkennbar ist, dass sich die Digitalisierung im Bildungsbereich in der Corona-Pandemie entwickelt hat. Doch noch immer klaffen viele Lücken – sowohl bei der Ausstattung als auch beim Datenschutz.

Begründung:

Das Lernen in einer digitalisierten Welt schafft neue Herausforderungen und erfordert neue pädagogische und didaktische Konzepte. Digitalisierung sollte nicht dem Prinzip ‚höher, schneller, weiter‘ folgen, sondern qualitativ hochwertig und für Lehrkräfte wie Lernende transparent und gestaltbar sein. Die Kommerzialisierung des Bildungsbereichs hat sich in der Corona-Pandemie verschärft und ausgeweitet. Bei der Vielfalt neuer digitaler Lern-Apps und Plattformen lassen sich kommerzielle Angebote häufig nur schwer von nicht-kommerziellen unterscheiden. Wir brauchen neue Verfahren für mehr Transparenz und einen Lobbycheck.

Noch immer klaffen viele Lücken – sowohl bei der Ausstattung als auch beim Datenschutz. Zudem haben Arbeitsverdichtung und Entgrenzung der Arbeit im Bildungsbereich deutlich zugenommen. Die Lehrenden in den Bildungseinrichtungen haben in der Corona-Krise noch mehr Aufgabenbündel zu ihrer ohnehin großen Arbeitsbelastung aufgebürdet bekommen. Die Entgrenzung von Arbeit und Leben trifft derzeit Lehrende wie Lernende in besonderem Maße.

Weiterleitung an:

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch
Regierungsprogramm**

2 **Antrag Nr. B 4**

3 **OV Norden**

4 ***Solidarisch und verantwortungsbewusst prüfen***

5

6 **Antrag:**

7 Der SPD SPD-Bezirk Weser-Ems fordert den Landesvorstand der
8 SPD Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesre-
9 gierung (hier. MK – Kultusministerium – und MWK – Wissen-
10 schaftsinisterium) Konzepte und Rahmenbedingungen entwi-
11 ckelt, wie vor dem Hintergrund des aktuellen Pandemiegesche-
12 hens und den derzeitigen Pandemiebedingungen angemessene
13 Prüfungen und Praktika realisiert werden. Unabdingbar ist hier der
14 Ausbau der digitalen Infrastruktur, für die Lehrenden eine einheitli-
15 che und bessere Anrechnung digitaler Lehre auf die Lehrdeputate
16 und für die Studierenden eine Verbesserung der sozialen Infra-
17 struktur. Es ist umgehend für eine Klärung der Rechtslage für digi-
18 tale Prüfungen zu sorgen und Überwachungsmethoden bei On-
19 line-Prüfungen (Proctoring) für unzulässig zu erklären.

20 Es ist dafür Sorge zu tragen, dass

- 21 • Mindestens 2 zusätzliche Semester zur Regelstudienzeit wie
- 22 in anderen Bundesländern angerechnet werden.
- 23 • Der KfW Bildungskredit weiterhin zinsfrei bleibt.
- 24 • Hardware Für Studenten aus finanzschwachen Verhältnis-
- 25 sen (Laptop, Tablets, Kameras, Mikrophone) zur Verfügung
- 26 gestellt werden.
- 27 • Der Semesterbeitrag für Studenten durch Online Semester
- 28 reduziert wird.
- 29 • Hilfsangebote für Studenten (Selbstmotivation und Um-
- 30 gang mit Isolation durch Corona-Lockdown) zur Verfügung
- 31 stehen, insbesondere für Erstsemester.

32

33 **Begründung:**

34 Fehlende Planbarkeit und unklare Rahmenbedingen verunsichern
35 sowohl die Lehrenden als auch die Studierenden an den nieder-
36 sächsischen Hochschulen und sind somit umgehend zu konkreti-
37 sieren Grundlage geschaffen werden in verschiedenen möglichen
38 Szenarien eine flexible, befristete Unterrichtsfortführung zu ge-
39 währleisten.

40 Weiterleitung an:

41 SPD-Landtagsfraktionen

Empfehlung der
Antragskommission:

**Weiterleitung als
Material an die
Landtagsfraktion**

2 **Antrag Nr. B 5**

3 **AfB Weser-Ems**

4 ***Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung***

5

6 Antrag:

7

8 Die SPD in Niedersachsen wird aufgefordert die niedersächsischen
9 Kompetenzzentren in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie setzt sich
10 daher für eine auf Dauer verlässliche Finanzierung ein, damit die
11 Aufgaben für die Fortbildung der an Schule Tätigen zuverlässig
12 wahrgenommen werden können.

13

14 Begründung:

15 Die niedersächsischen Kompetenzzentren haben die Aufgabe Fort-
16 bildungsangebote für Lehrkräfte und andere an der Schule Tätigen
17 anzubieten. Die in ihrer Arbeit seit langer Zeit in der Region tätigen
18 Zentren, das OFZ an der Universität Oldenburg und das RPZ in Au-
19 rich, sind bei dem Aufbau der Kompetenzzentren die Blaupause
20 gewesen.

21 Die Kompetenzzentren organisieren nicht nur eigenen Angebote,
22 sondern orientieren sich immer auch an den Nachfragen aus den
23 Schulen. Sie sind wichtig für die Schulung von an der Schule Täti-
24 gen für die Zukunftsaufgaben von Schule.

25

26

27 Weiterleitung an:

28 SPD-Landtagsfraktionen

29 - SPD-Landesparteitag

30

31

32

33

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. B 6**

3 **AsF-Bezirksvorstand**

4 ***Verlängerung der Berufsbildungszeit für Menschen***
5 ***mit geistiger Einschränkung***

6
7 **Antrag:**

8
9 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Bundestagsfraktion auf, die
10 Ausdehnung der Berufsbildungszeit für Menschen mit geistiger
11 Einschränkung auf 3,5 Jahre zu verlängern - Übernahme der Kos-
12 ten durch das Arbeitsamt.

13
14
15 **Begründung:**

16 Jungen Menschen mit geistiger Behinderung wird in den Werk-
17 stätten oder Inklusionsbetrieben eine sogenannte Berufsbildungs-
18 zeit über 2 Jahre und 3 Monate vom Arbeitsamt finanziert. Das be-
19 deutet, dass Menschen, die per se eine längere Zeit brauchen, um
20 Sachverhalte zu verstehen und sich in unterschiedlichen Berufsfel-
21 dern auszuprobieren, paradoxerweise aber weniger Zeit zur Verfü-
22 gung gestellt wird als ihren nicht beeinträchtigten Altersgenossen
23 und -genossinnen (in der Regel 3 Jahre). Die meisten jungen Men-
24 schen mit geistiger Einschränkung brauchen wesentlich mehr Zeit,
25 eine für sie geeignete Tätigkeit zu finden und darin Kenntnisse zu
26 erwerben, die ihnen mitunter sogar einen sogenannten Gehilfen-
27 schein ermöglichen. Insofern ist eine Ausweitung der Ausbildungs-
28 zeit von bisher 2 Jahren und drei Monaten auf mindestens 3,5
29 Jahre als sinnvoll anzusehen und umzusetzen. Die Finanzierung ist
30 sicherzustellen.

31
32 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der
Antragskommission:

Weiterleitung als
Material an die
Bundestagsfraktion

2 **Antrag Nr. B 7**

3 **AsF-Bezirksvorstand**

4 ***Antrag auf Änderung des nds.Schulgesetzes in Rich-***
5 ***tung auf Verpflichtung der Kostenträger zur Einrich-***
6 ***tung einer Förderschule für Geistige Entwicklung (GE)***

7
8 **Antrag:**

9
10 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, eine Än-
11 derung des nds. Schulgesetzes in Richtung auf die Verpflichtung der
12 Kostenträger (Kreis oder kreisfreie Stadt) zur Einrichtung einer För-
13 derschule für die Geistige Entwicklung vorzunehmen.

14
15
16 **Begründung:**

17 Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland
18 seinerzeit dazu entschlossen, die Inklusion umzusetzen. Gerade
19 auch im schulischen Bereich, welcher Landesrecht ist. In Nieder-
20 sachsen erfolgt die Beschulung von Kindern mit Behinderungen
21 bzw. Förderbedarf bisher entweder inklusiv an den allgemeinbil-
22 denden Schulen – sofern dies von der Schulleitung befürwortet
23 wird – oder in entsprechenden Förderschulen bzw. in Tagesbil-
24 dungsstätten, die einem privaten Träger unterstehen und deren Be-
25 such über die Eingliederungshilfe ermöglicht wird. Im Rahmen der
26 Inklusion wurde bisher nur die Förderschule für Kinder mit Lernbe-
27 hinderung landesweit abgeschafft. Das nds. Schulgesetz erlaubt die
28 Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinde-
29 rung ersatzweise in Tagesbildungsstätten. Soweit ist das auch in
30 Ordnung, haben die Eltern doch damit die Wahlfreiheit. Eigentlich.
31 Im Landkreis Emsland wird seit Jahren die Einrichtung einer Förder-
32 schule für die geistige Entwicklung abgelehnt. Man beruft sich da-
33 bei auf die vom Schulgesetz eingeräumte Möglichkeit zur soge-
34 nannten ersatzweisen Beschulung in den Tagesbildungsstätten.
35 Viele Eltern hätten aber gerne, dass ihre Kinder mit geistiger Behin-
36 derung auch in eine Förderschule GE gehen können, sogar wenn sie
37 im Emsland wohnen. Eine Beschulung außerhalb des Landkreises ist
38 zuweilen zwar möglich, aber mit sehr weiten und damit auch lan-
39 gen Schulwegen verbunden. Aktuell werden – wie seit Jahren – ca.

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

40 100 Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „Geistige Ent-
41 wicklung“ außerhalb des Emslandes in Förderschulen GE beschult.
42 Die Tatsache, dass die Kinder nicht dem Schulsystem im Rahmen
43 des Kultusministeriums unterstehen, sondern vom ersten Schultag
44 an zu Sozialhilfeempfängern werden müssen, um altersgerecht
45 auch „beschult“ werden zu können, lässt sich hinnehmen, sofern es
46 auf dem freien Willen der Eltern beruht, und nicht dadurch zu-
47 stande kommt, dass der Zahlungsträger die Verantwortung für die-
48 sen wichtigen Bereich an eine Einrichtung in privater Trägerschaft
49 abgibt, in der es keine voll ausgebildeten Lehrer gibt und die sich
50 nur dem Namen nach als Schule bezeichnet, de facto aber dem So-
51 zialministerium untersteht. Die Änderung im Schulgesetz sollte
52 also dahingehend erfolgen, dass der jeweilige Schulträger (Kreis o-
53 der kreisfreie Stadt) zwingend die Einrichtung einer Förderschule
54 GE vorhalten muss, und den Eltern zusätzlich ersatzweise die Be-
55 schulung ihrer Kinder in einer Tagesbildungsstätte anbieten kann.
56 Letztendlich ist auch das Inklusion: Die Kinder mit geistiger Behin-
57 derung befänden sich dann nämlich endlich im Schulsystem, das
58 dem Kultusministerium unterstellt ist, anstatt weiterhin als Bezie-
59 her von Eingliederungshilfe in Tagesbildungsstätten „beschult“ zu
60 werden ohne fachlich gut ausgebildete studierte Sonderpädago-
61 gen, sofern eine inklusive Beschulung an allgemeinbildenden Schu-
62 len für die Kinder nicht in Frage kommt oder gegen den Elternwillen
63 verstößt.

64

65 Weiterleitung an:

2 **Antrag Nr. B 8**

3 **UB Oldenburg-Land**

4 ***Verbesserung der Erzieher:innenausbildung***

5
6 **Antrag:**

7
8 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich
9 schnellstmöglich für ein ~~duales~~ *dualisiertes* Ausbildungssystem
10 für Erzieher*innen und sozialpädagogische Assistenzkräfte in
11 Kindertagesstätten einzusetzen. Dadurch soll insbesondere die
12 Zahlung einer Vergütung während der Ausbildungszeit sicherge-
13 stellt werden. Die entstehenden Aufwendungen werden im Rah-
14 men der Allgemeinen Finanzhilfe nach dem NKiTaG gefördert.

15
16 Begründung:

17 Der Fachkräftemangel im Sozialbereich ist allgegenwärtig. Dies gilt
18 auch für Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Eine Studie (Prognos
19 AG) prognostiziert bis 2030 eine Lücke von fast 200.000 Erzieher*in-
20 nen. Welche Ausmaße der Mangel auch in unserer Region jetzt
21 schon nimmt, spiegeln Woche für Woche die Stellengesuche wider.
22 In Reaktion auf diese Problemlage haben die Vereinigten Arbeitge-
23 berverbände und kommunalen Spitzenverbände sowie ver.di ein
24 Eckpunktepapier mit Datum 05.11.2021 für eine Neugestaltung der
25 Erzieher:innenausbildung vorgelegt.

26 Ziel ist eine bundeseinheitliche Ausbildung nach dem Berufsbil-
27 dungsgesetz, u. a. mit den Eckpunkten Wegfall eines Schulgeldes,
28 Zahlung von Ausbildungsvergütungen und erhöhte Praxisanteile.
29 Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, die Umsetzung auf
30 Bundesebene wird aber noch Jahre dauern.

31 Auch von Seiten des SGK-Landesvorstandes, der sich bereits seit län-
32 gerem mit der Problematik des Fachkräftemangels in Kindertages-
33 stätten beschäftigt, wird der Ansatz einer dualen Ausbildung ein-
34 hellig unterstützt.

35 Bundesweit gibt es verschiedene Modelle, um die Ausbildung insbe-
36 sondere finanziell attraktiver zu gestalten. Den Weg über ein sogen.
37 Stipendium während der Ausbildungszeit gehen z. B. in verschiede-
38 ner Ausprägung der Landkreis Stade und die Städte Buxtehude und
39 Pinneberg. Ziel eines Stipendiums ist, die angehenden Erzieher*in-
40 nen bereits während der Ausbildung an eine Kommune zu binden,

Empfehlung der
Antragskommission:

**Annahme mit folgenden
Änderungen:**

Zeile 9: Streiche „duales,
setze „*dualisiertes*“

41 z. B. durch Praktika in den jeweiligen Kindertagesstätten, Springer-
42 dienste in den Ferien und eine verpflichtende Tätigkeit nach der
43 Ausbildung in der Kommune für einen bestimmten Zeitraum. Das
44 Stipendium erfolgt als monatliche finanzielle Zuwendung, kann
45 aber aus unserer Sicht eine Ausbildungsvergütung nicht ersetzen
46 Daneben gibt es z. B. Überlegungen für finanzielle Unterstützungen
47 für angehende Erzieher*innen über die Landesrichtlinie über die Ge-
48 währung von Zuwendungen zur Verbesserung der Qualität in Kin-
49 dertagesstätten (Quik). Danach können Frauen und Männer, die in
50 Teilzeit einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss als Regel-
51 kraft in Kindertagesstätten erwerben, einen Zuschuss erhalten.
52 Aus Sicht des Unterbezirkes Oldenburg-Land sollte nicht auf eine
53 bundeseinheitliche Lösung gewartet, sondern auf Landesebene
54 eine sofortige eigene Gesetzesinitiative im Hinblick auf eine duale
55 Ausbildung im Kindertagesstättenbereich ergriffen werden. Alter-
56 nativ wäre ggf. zu prüfen, wie eine finanzielle Unterstützung wäh-
57 rend der bislang schulischen Ausbildung für Erzieher*innen und so-
58 zialpädagogische Assistenzkräfte unterhalb der Gesetzesebene er-
59 folgen kann.
60 Die zusätzlich entstehenden Finanzaufwendungen sollten für die
61 Kindertagesstattenträger im Rahmen der Allgemeinen Finanzhilfen
62 nach dem NKitaG berücksichtigt werden.

63

64 Weiterleitung an:

- 65 - SPD-Landtagsfraktion
- 66 - SPD-Landesparteitag

67

68

69

70

2 **Antrag Nr. G 1**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Frauen gehören in alle Posten, auf denen Entschei-**
5 **dhungen getroffen werden – Stärkung der Frauenför-**
6 **derung und Beseitigung struktureller Defizite in We-**
7 **ser-Ems“**

8
9 **Antrag:**

10 Für die SPD ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zent-
11 rales Ziel unserer Politik. Eine moderne Frauenpolitik bedeutet für
12 uns, die Lebenssituation von Frauen zu verbessern und die Gleich-
13 stellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen zu erkämpfen,
14 durchzusetzen und aufrecht zu erhalten. Ziel ist es, die SPD Weser-
15 Ems in den kommenden Jahren weiblicher zu machen und Frauen
16 deutlich zu stärken. Langfristiges Ziel muss es sein, dass die SPD
17 mehr Frauen in Führungspositionen bekommt und die Wahllisten
18 auf allen Ebenen der Partei paritätisch besetzt werden.

19 Die SPD Weser-Ems benennt hierfür in ihrem Vorstand eine Gleich-
20 stellungsbeauftragte. Sie soll die Verankerung der Gleichstellung in
21 allen politischen Entscheidungen und Veranstaltungen des Bezirkes
22 durchsetzen und Frauen in der SPD Weser-Ems empoweren. Sie wird
23 dabei aktiv von der Hauptamtlichkeit des Bezirkes unterstützt und
24 gibt regelmäßigen Bericht über die Entwicklungen im Bezirk.

25 Der Bezirk Weser-Ems führt ein bezirksweites Mentorin-Programm
26 ein, welches Frauen an die Politik heranführen soll. Die Mentoring
27 Programme sollten einen zeitlichen Rahmen, mit Auftakt und Ab-
28 schluss sowie ein Rahmenprogramm für Mentees besitzen. Die
29 Gleichstellungsbeauftragte wird bei der Umsetzung des Pro-
30 gramms von der Hauptamtlichkeit und dem gesamten Vorstand
31 unterstützt. Des Weiteren stellt der Bezirk finanzielle Mittel für die
32 Umsetzung der Veranstaltungen der Gleichstellungsbeauftragten
33 zur Verfügung.

34
35 **Begründung:**

36 Frauen gehören in alle Posten, auf denen Entscheidungen getroffen
37 werden. Frauen dürfen nicht die Ausnahme sein. (Women belong in
38 all places where decisions are being made ... it shouldn't be the ex-
39 ception. - Ruth Bader Ginsburg)

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

41 Für die SPD ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zent-
42 rales Ziel unserer Politik. Eine moderne Frauenpolitik bedeutet für
43 uns, die Lebenssituation von Frauen zu verbessern und die Gleich-
44 stellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen zu erkämpfen,
45 durchzusetzen und aufrecht zu erhalten. Als SPD wollen wir auch
46 innerhalb unserer Organisation auf allen Ebenen jeder Frau und je-
47 dem Mann die gleichen Chancen ermöglichen. Jedoch ist dies in der
48 Praxis nicht immer gegeben. Auch wenn bereits viel erreicht wor-
49 den ist, muss doch die Beteiligung von Frauen an der politischen Ar-
50 beit innerhalb der SPD weiterhin gesteigert werden. Die Hinter-
51 gründe, warum Frauen nicht genügend Repräsentanz in den Grem-
52 rien der SPD erhalten sind dabei vielfältig: Arbeitsweisen und
53 männliche, traditionelle Seilschaften, Karrieremuster und soziale
54 Lebenssituationen, mangelnde Ansprache und vorgeprägte Rollen-
55 muster sind Hürden für viele Frauen. Hürden aktiv in die Arbeit der
56 Gremien einzusteigen und Verantwortung für die Sozialdemokratie
57 zu übernehmen, aber auch Hürden, das Engagement entgegen ver-
58 schiedener, der Partei innewohnende Umstände weiter fortzuführen.
59 Der SPD Bezirk Weser-Ems bekennt sich daher klar dazu, die
60 SPD Weser-Ems in den kommenden Jahren weiblicher zu machen
61 und Frauen in der Partei deutlich zu stärken und sichtbar zu ma-
62 chen. Langfristiges Ziel muss es sein, im gesamten Bezirk, von den
63 Ortsvereinsvorständen bis zum Bezirksvorstand, von der Ortsrats-
64 fraktion bis zur Landtags- und Bundestagsfraktion mehr Frauen in
65 Führungspositionen zu haben. Ein weiteres langfristiges Ziel der
66 SPD Weser-Ems ist es, die Listen zur Kommunalwahl in weiten Teil-
67 en paritätisch zu besetzen.

68 **Strukturelle Defizite beseitigen!**

69 Damit in gleichen Maßen alle Geschlechter an den Entscheidungen
70 beteiligt werden, bedarf es der Beseitigung struktureller Defizite in
71 der Partei. Von den Ortsvereinen bis in den Bezirk muss das Problem
72 hier in Weser-Ems angegangen werden. Wir müssen uns aktiv der
73 Frauenförderung und Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit
74 widmen, indem wir u.a. bei der Suche nach geeigneten Kandidatin-
75 nen für Wahlen von der Kommunalwahl- bis zur Bundestagswahl
76 unterstützten, die Einhaltung der Quotenregelung im Blick behal-
77 ten und Frauen in der Partei und insbesondere in Führungspositio-
78 nen unterstützen.

79 **Gleichstellungsbeauftragte für den Vorstand**

80 Der Bezirksvorstand verpflichtet sich künftig eine Gleichstellungs-
81 beauftragte innerhalb des Vorstandes zu bestimmen. Die Gleich-
82 stellungsbeauftragte soll im Blick haben, dass die Verankerung der
83 Gleichstellung in allen politischen Entscheidungen und Veranstal-
84 tungen des Bezirkes durchgesetzt wird und gibt im Rahmen einer
85 jährlichen Berichterstattung und Evaluation einen Überblick zum

86 aktuellen Stand der Gleichstellung in den Gremien der Partei und
87 von der Partei besetzten Gremien ab.

88 **Bezirksweitetes Mentoring-Strukturen etablieren!**

89 Die Zukunft geht nicht ohne Menschen und daher ist es wichtig,
90 dass wir frühzeitig Nachwuchs fördern und an die Strukturen unse-
91 rer Gremien und Vorstände heranzuführen. Mit der Einführung von
92 bezirksweiten Mentoring-Programmen wollen wir interessierte
93 Menschen aller Geschlechter – vorrangig jedoch, die der unterreprä-
94 sentierten Geschlechter - an die Politik heranzuführen. Da ein Mentoring
95 nur Sinn ergibt, wenn Mentor:innen und Mentees sich regel-
96 mäßig austauschen können und sich in ähnlichen Zusammenhän-
97 gen bewegen, sind Mentoringprogramme auf regionaler Ebene am
98 Sinnvollsten. Die Mentoring-Programme sollten einen zeitlichen
99 Rahmen, mit Auftakt und Abschluss, besitzen sowie ein Rahmen-
100 programm für alle Mentees enthalten.

101 **Finanzielle Mittel bereitstellen**

102 Der Bezirk Weser-Ems stellt für Veranstaltungen und Netzwerktref-
103 fen, die durch die Gleichstellungsbeauftragte organisiert werden
104 und der Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit dienen fi-
105 nanzielle Mittel in ausreichendem Maße bereit. Schließlich soll
106 durch solche Veranstaltungen wie Seminare, Informationsveranstal-
107 tungen, Netzwerktreffen oder ähnliche Veranstaltungen ein Ort
108 zum Austausch für Frauen stattfinden und ein Netzwerk gebildet
109 werden, um politische Kompetenzen auf- und auszubauen.

2 **Antrag Nr. G 2**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Bessere Vereinbarkeit von Mandat und Elternschaft“**

5
6 **Antragstext:**

7 Der Bezirksparteitag bekennt sich dazu, dass alle Menschen die
8 Möglichkeit erhalten sollen, Mandate auf kommunaler, Landes-,
9 Bundes- und Europaebene zu erlangen. Der Parteitag kritisiert
10 den faktischen Ausschluss junger Familien von einer Mandatstät-
11 tigkeit.

12 Aus diesem Grund setzt sich die SPD im Bezirk Weser-Ems für fol-
13 gende Maßnahmen ein:

- 14 - Schaffung von Möglichkeiten für hybride Sitzungen sowie
15 digitaler Fernabstimmung
16 - Einführung eines ruhenden Mandats mit einer temporären
17 Nachfolgeregelung

18 Die Beibehaltung von hybriden Sitzungen mit der Möglichkeit
19 zur Fernabstimmung bildet gerade für junge Eltern die Möglich-
20 keit Mandat und Elternschaft besser gleichzeitig ausüben zu
21 können. Dennoch besteht das Risiko, dass diese Doppelbelastung
22 zusätzlichen Druck auf die Mandatsträger:innen ausübt. Deshalb
23 bedarf es der Möglichkeit für Mandatsträger:innen das Mandat
24 für einen zeitlich begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen und in der
25 Zwischenzeit eine Nachfolgeperson in das Parlament eintreten
26 zu lassen.

27
28 **Begründung:**

29 Die Mitarbeit in Parlamenten soll allen Bürger:innen offen ste-
30 hen. Gerade junge Eltern sind häufig von dieser Partizipation
31 ausgeschlossen oder müssen die politische Teilhabe mit enormen
32 Einschränkungen des Familienlebens bezahlen. Damit auch
33 Eltern die Möglichkeit geboten wird, benötigen diese einerseits
34 räumliche Flexibilität, die mit der Möglichkeit der Fernabstim-
35 mung geboten wird. Andererseits bedarf es der Möglichkeit einer
36 Art Elternzeit für Abgeordnete. Die Möglichkeit einer Kinderer-
37 zziehung mit gleicher Belastung muss auch für Abgeordnete be-
38 stehen und darf nicht zwischen politischen Sachzwängen aufge-
39 rieben werden.

40
41 Weiterleitung an:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

**sowie
Weiterleitung als Mate-
rial an die Landtagsfrak-
tion**

2 **Antrag Nr. Soz 1**

3 **AsF-Bezirksvorstand**

4 ***Geburtshilfe gehört in die Grundversorgung – Die si-***
5 ***chere Versorgung rund um die Geburt ist ein grundle-***
6 ***gendes Frauenrecht***

7
8 **Antrag:**

9
10 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Landesregierung auf, sich da-
11 für einzusetzen, dass im aktuell überarbeiteten Krankenhausgesetz
12 die Geburtshilfe in die Grundversorgung aufgenommen wird.

13
14 **Begründung:**

15 Für eine stressfreie und angstfreie Geburt ist es erforderlich, dass
16 eine wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Lange Fahrt-
17 wege zur den Geburtskliniken und das häufig schon mit starken
18 Wehenschmerzen, erhöhen den Stress bei den Frauen. Dieser Stress
19 und die häufig damit verbundene Angst, es nicht mehr rechtzeitig
20 in die Klinik zu schaffen, sind für den Geburtsverlauf hemmend. Er
21 endet dann häufiger in Kaiserschnitten, da durch den Stress die We-
22 hentätigkeit gestört und die Geburt unnötig in die Länge gezogen
23 wird. Die normal verlaufende Geburt kann gut von Level 4 Geburts-
24 stationen bewältigt werden und sollte daher als flächendeckende
25 Form vorherrschen. Daneben sollen die Level 1 und 2 Geburtsstati-
26 onen unbedingt erhalten bleiben. Auch die Überfüllung der verblei-
27 benden Geburtsabteilungen birgt ein Risiko für Mutter und Kind.
28 2000 Geburten pro Jahr bedeuten, dass es im Durchschnitt 6 Gebur-
29 ten pro Tag gibt. Das würde bei einer gleichbleibenden Auslastung
30 zu bewältigen sein, aber Babys halten sind nicht an Kalender oder
31 Tageszeiten. Dadurch sind auch 15 bis 20 Geburten an einem Tag
32 dann zu erwarten! Eine Überbelastung des Personals verhindert
33 dann eine zuverlässige Begleitung der Frauen und Babys. Verände-
34 rungen und Akutsituationen können daher häufig erst spät erkannt
35 werden und Mutter und Kind so in Gefahr bringen. Die Überbean-
36 spruchung an diesen Standorten führt aber auch dazu, dass immer
37 mehr Ärzte und Hebammen die Geburtshilfe in Kliniken verlassen.
38 Das wiederum führt zu einer noch weiteren Ausdünnung der Ge-
39 burtshilfe. 2015 hatten wir noch 84 geburtshilfliche Abtei-
40 lungen, heute sind es noch 64. Die sichere Versorgung rund um die
41 Geburt ist ein grundlegendes Frauenrecht! Dieses Recht muss in

Empfehlung der
Antragskommission:

**Als Material an die Land-
tagsfraktion zur Beach-
tung bei der Gesetzent-
wurfsformulierung**

42 gleicher Weise verankert werden, wie die wohnortnahe Versorgung
43 in Chirurgie und Innerer Medizin! Die Geburtshilfe muss als Akut-
44 versorgung zur Notfall- und Grundversorgung mit in die Kranken-
45 hausplanung aufgenommen werden.

46

47

48 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. Soz 2**

3 **ASF-Bezirksvorstand**

4 ***Besserstellung pflegender Angehörigen in der Rente***

5
6 **Antrag:**

7
8 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Bundestagsfraktion auf, sich
9 für eine Besserstellung von pflegenden Angehörigen in der gesetz-
10 lichen Rentenversicherung einzusetzen.

11
12
13 **Begründung:**

14 Carearbeit wird auch heute noch vorrangig von Frauen geleistet, die
15 meisten von ihnen arbeiten vor der Pflegeleistung im Niedriglohn-
16 sektor, sodass der Verdienstausfall während der Pflegeleistung kei-
17 nen großen finanziellen Verlust für das Familieneinkommen dar-
18 stellt. Zwar können Pflegepersonen in Betrieben, die über 25 Mitar-
19 beiter haben, mit einer Arbeitszeitreduzierung auf 15 Std./Woche
20 für zwei Jahre in die sog. Familienpflegezeit gehen, ohne ihren Ar-
21beitsplatz zu verlieren, doch ist die zeitl. Begrenzung auf max. 24
22 Monate nicht unbedingt für alle pflegenden Angehörigen geeignet.
23 Bei minderjährigen Pflegebedürftigen ergibt sich meistens eine
24 Pflegezeit von über 2 Jahren. Eine Berücksichtigung in der Renten-
25 versicherung der Pflegepersonen bezieht sich stets auf den Pflege-
26 grad der zu Pflegenden. Hierbei bedeutet z.B. der Pflegegrad 3, dass
27 mit 3 vollen Jahren Pflegezeit ein Rentenpunkt „erarbeitet“ ist. Und
28 selbst in Pflegegrad 5 ist der volle Rentenpunkt nach einem Jahr
29 nicht erreicht. Das Kernproblem besteht darin, dass bei der Pflege
30 von Kindern mit Beeinträchtigungen der Pflegegrad eher zweitrangig
31 ist. Es kommt sehr oft vor, dass gerade bei geistig beeinträchtigt-
32 en Kindern die Rund-um-die-Uhr Bereitschaft der Pflegeperson
33 über 7 Tage die Woche gefordert ist. Für solche Fälle muss es eine
34 bessere Versorgung in der Rentenversicherung geben. Denn wer
35 diese Kinder versorgen muss, ist oftmals so eingespannt, dass die
36 Kraft für einen Mini- oder Midijob fehlt. Und die Pflegedauer be-
37 zieht sich hier auf das ganze Leben des Kindes, auch wenn es er-
38 wachsen ist und weiterhin zu Hause gepflegt werden soll.

39 Weiterleitung an:

40 - SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

2 **Antrag Nr. Soz 3**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Bürgerversicherung“**

5
6 **Antrag:**

8 Die SPD fordert, die Einführung einer solidarischen und gleich
9 berechtigten Bürgerversicherung nach folgenden Kriterien:

- 10 1. Alle Personen beteiligen sich nach ihren finanziellen Mög-
11 lichkeiten an der Finanzierung unseres Gesundheitswesens.
12 Auch Menschen mit hohem Einkommen, Beamte, Abgeord-
13 nete und Selbständige müssen in den Solidarausgleich ein-
14 bezogen werden.
- 15 2. Die Zusatzbeiträge werden abgeschafft. Arbeitgeber*innen
16 beteiligen sich zur Hälfte am Krankenversicherungsbeitrag.
- 17 3. Jede*r zahlt prozentuale Beiträge, unabhängig davon, aus
18 welchen Quellen das Einkommen stammt. Die einseitige
19 Belastung von Einkünften aus abhängiger Beschäftigung
20 wird beendet.
- 21 4. Private Krankenversicherungen dürfen keine höheren Ho-
22 norare als die gesetzlichen Krankenkassen zahlen. Versor-
23 gungsprobleme wie etwa längere Wartezeiten für gesetz-
24 lich Versicherte werden so behoben.

25
26
27
28 **Begründung:**

29
30 Erfolgt mündlich

31
32
33
34 Weiterleitung an:

- 35 - SPD-Bundestagsfraktion
36 - SPD-Bundesparteitag
37 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. Soz 4**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Digitalisierung des Impfbuches – Das Impfbuch ge-**
5 **hört auf die Gesundheitskarte!“**

6
7 **Antrag:**

8
9 Das Impfbuch ist in einem sehr unpraktischen Format und ist viel
10 zu selten im Gebrauch, sodass es gerne auch verlegt wird. Im
11 Zeitalter der Digitalisierung spricht sich die SPD dafür aus, dass
12 das Impfbuch auf die Gesundheitskarte integriert wird, um
13 schneller auf die Gesundheitsdaten zugreifen zu können und die
14 Übermittlung der Datensätze an Fachärzt:innen zu vereinfachen.
15 Hierbei ist gleichzeitig eine Aktualisierung der persönlichen Da-
16 ten gesichert. Wichtig ist jedoch, dass bei der Übertragung der
17 Datensätze an die handelnden Fachärzt:innen der Datenschutz
18 gewährleistet ist und kein Missbrauch der Daten betrieben wer-
19 den kann.

20
21 **Begründung:**

22
23 Erfolgt mündlich

24
25
26
27
28 Weiterleitung an:

- 29 - SPD-Bundestagsfraktion
30 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. Soz 5**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Werbemittel finanziert über Krankassenbeiträge“**

5
6 **Antrag:**

7
8 Die SPD fordert, dass den gesetzlichen Krankenkassen verboten
9 wird mit Krankenkassenbeiträgen Werbung zu finanzieren. Die-
10 ses Verbot schließt nicht Informationen über die Leistungen der
11 Krankenkassen mit ein. Unser Ziel bleibt jedoch die Einführung
12 einer allgemeinen Bürger*innenversicherung.

13
14
15 **Begründung:**

16 Im Jahr 2016 haben die gesetzlichen Krankenkassen 194 Millio-
17 nen Euro für Werbemittel ausgegeben. Diese Werbemittel um-
18 fassen sowohl Information über Leistungen der Kassen als auch
19 Kugelschreiber , Schminkutensilien oder auch Stofftiere wäh-
20 rend die Informationen die Versicherten in die Lage versetzten
21 fundiert über eine Krankenkassen zu entscheiden , stellt jegliche
22 Ausgabe für Schminkutensilien oder Stofftiere keine Investition
23 in die Mündigkeit der Bürger da , deshalb sind sie abzulehnen
24 und zu verbieten. In den kommenden Jahren werden die Kosten
25 für die Krankenkassen steigen. Grund hierfür sind die alternde
26 Gesellschaft und die dadurch bedingten Alterserkrankungen. Au-
27 ßerdem werden die Kosten steigen, weil der medizinische Vor-
28 schritt eine individuellere Behandlung möglich macht.

29
30
31 Weiterleitung an:

32 -

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

2 **Antrag Nr. U 1**

3 **Jusos Kreisverband Vechta**

4 ***Dachbegrünung von Haltestellen des öffentlichen Per-***
5 ***sonennahverkehrs (ÖPNV)***

6
7 **Antrag:**

8
9 An öffentlichen Haltestellen sofern möglich eine Dachbegrünung
10 einzurichten. Auf den Haltestellen ist genügend ungenutzte Fläche
11 vorhanden, um Wildblumen oder ähnliche florale Begrünung anzu-
12 pflanzen. Dadurch kann für zahlreiche Insekten, wie insbesondere
13 die Wildbienen im urbanen Umfeld, der dringend benötigte Lebens-
14 raum geschaffen werden.

15
16
17 Begründung:

18 Wildbienen als Lebensretter

19 Das Insektenvolk der Bienen bestäubt Pflanzen und Lebensmittel.
20 Der Großteil der Obst- und Gemüsearten kann nur durch diesen Pro-
21 zess entstehen und wachsen. Die Wildbienen schaffen ein stabiles
22 Ökosystem und tragen zur biologischen Vielfalt bei.

23
24 Den Wildbienen das Leben retten

25 Im strukturellen Wandel der Städte kommt es zur Verkleinerung der
26 natürlichen Lebensräume von Bienen und Insekten. Umweltver-
27 schmutzung und Klimawandel stören das Ökosystem und tragen
28 zum rapiden Anstieg des Bienensterbens bei. Durch die Politik sind
29 bereits Bestreben in die richtige Richtung zu erkennen: Zu Neubau-
30 gebieten werden Ausgleichsflächen geschaffen und Wildblumen-
31 wiesen sind im privaten und öffentlichen Raum immer weiterver-
32 breitet. Dennoch sind viele Bienenarten vom Aussterben bedroht.
33 Das Bienensterben muss jetzt verringert werden. Ein Aufschieben
34 könnte weitere Arten ausrotten und unserem Ökosystem erheblich
35 schaden.

36
37 Wir fordern deshalb:

38 Die Begrünung von Haltestellen des ÖPNV sowie von ähnlichen
39 Bauwerken. Die ungenutzten Flächen auf dem Dach dienen derzeit
40 meist nur dem Zweck des Witterungsschutzes und Verschmutzen
41 oder Vermüllen stellenweise extrem.

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme
und Überweisung an
kommunale Fraktionen
und Hauptverwaltungs-
beamte

- 42 - Bei Neueinrichtung von Haltestellen sollte die Begrünung von Be-
- 43 ginn an in die Planung mit Einbezogen werden
- 44 - Die Nachbepflanzung von Haltestellen oder ähnlichen Gebäuden
- 45 sollte schnellst möglichst geprüft und umgesetzt werden
- 46 - Die Begrünung von ähnlichen Bauwerken und geeigneten öffent-
- 47 lichen Gebäuden, wie Bahnhöfen, sollte angestrebt werden
- 48 - Alternative Begrünungsmethoden, wie Beete oder vertikale Gär-
- 49 ten, sollen angestrebt und in naher Zukunft realisiert werden

50

51 Weiterleitung an:

- 52 - andere:

53

54

55

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2022

2 **Antrag Nr. U 2**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 ***„Feuerwehren auf Dürresommer vorbereiten“***

5
6 **Antrag:**

7
8 Für eine effektive Arbeit der Feuerwehren in den heißer werden-
9 den Sommern, setzen wir uns für die Ausstattung unserer Feuer-
10 wehren mit leichter Schutzbekleidung und der Anschaffung von
11 Großlöschtankfahrzeugen finanziell zu unterstützen.

12
13 **Begründung:**

14 Die durch den Klimawandel immer brutaleren Sommer verlan-
15 gen gerade unseren Feuerwehrkamerad*innen in den landwirt-
16 schaftlich geprägten Teilen des Bezirks alles ab! Gerade für das
17 Löschen von Flächenbränden (Wald/ Feld) wird leichtere Schutz-
18 kleidung benötigt. Auf den oft abgelegenen Feldern ist oft keine
19 ausreichende Versorgung mit Löschwasser vorhanden, sodass
20 mehr Großlöschtankfahrzeuge benötigt werden.

21
22 Weiterleitung an:
23

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

2 **Antrag Nr. U 3**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 ***Konsequente Aufarbeitung des Moorbrandes im Ems-***
5 ***land***

6
7 **Antrag:**

8 Der Parteitag der SPD Weser-Ems fordert die Bundeswehr und
9 die Bundesregierung auf, die Ursachen des Moorbrandes aus
10 dem Jahr 2018 konsequent aufzuarbeiten. Die ökologischen,
11 ökonomischen und sozialen Folgen des Brandes müssen durch
12 die Bundeswehr und das Bundesverteidigungsministerium näher
13 untersucht werden.

14 ~~Des Weiteren müssen neben monetären Entschädigungen Maß-~~
15 ~~nahmen getroffen werden, eine Renaturierung des Moores vor-~~
16 ~~anzutreiben. Die Entfernung von unerwünschtem Bewuchs in-~~
17 ~~folge des Moorbrandes sind durch die Bundeswehr sicherzuste-~~
18 ~~llen. Des Weiteren fordern wir die Bundeswehr und das Bundes-~~
19 ~~verteidigungsministerium dazu auf, Entschädigungen für die~~
20 ~~entstandene CO2-Emission i.H.v. etwa 640.000 t. Entsprechende~~
21 ~~Mögliche weitere negative Folgen für das Klima sind ebenfalls~~
22 ~~bestmöglich durch das Bundesverteidigungsministerium zu~~
23 ~~kompensieren. Entsprechende Rechtsgrundlagen müssen ge-~~
24 ~~schaffen werden.~~

25 Des Weiteren wird ein umfassendes Brandpräventionskonzept
26 gefordert. Diese umfassen die Untersuchung der Eignung des
27 Moores für entsprechende Übungen bis hin zu umfassenden
28 technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verhinde-
29 rung eines erneuten Brandes.

30
31 **Begründung:**

32 Am 3.September 2018 entstand durch Schießübungen der Bun-
33 deswehr in Meppen ein Brand, der sich in den nachfolgenden Ta-
34 gen auf eine Fläche von ca. 3.000 Meter mal 4.000 Meter aus-
35 dehnte und erst am 10.Oktober 2018 gelöscht wurde. Die Folgen
36 der Zerstörung ist bis heute zu spüren. Unter den CDU-
37 Ministerinnen hat das Bundesverteidigungsministerium eine an-
38 gemessene Aufarbeitung und ökologische Entschädigung zu
39 zahlen. Da der Klimawandel und die voranschreitende Umwelt-
40 schädigung unsere Gesellschaft vor starke Herausforderungen

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme mit folgenden
Änderungen:

Streichung Zeilen 14 -24

41 stellt, muss auch das Bundesverteidigungsministerium ihrer Ver-
42 antwortung gerecht werden und die Kosten für den durch Sie
43 verursachten Schaden tragen.

44 Zusätzlich zu der Beseitigung von Schäden, müssen Maßnahmen
45 getroffen werden, um künftige Brände ausgeschlossen zu wer-
46 den. Hierzu muss veraltete Ausrüstung ausgetauscht werden
47 und zusätzliche Ausrüstung beschafft werden. Des Weiteren
48 muss auch organisatorisch dafür gesorgt werden, dass Brände
49 verhindert oder ihre Auswirkungen klein gehalten werden kön-
50 nen.

51

52 Weiterleitung an:

53 - SPD-Landtagsfraktion

54 - SPD-Bundestagsfraktion

2 **Antrag Nr. W 1**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Algorithmen als Manifestierung des Patriarchats**
5 **verhindern!“**

6
7 **Antragstext:**

8
9 Der SPD-Bezirk Weser-Ems wird sich dafür einsetzen, dass sich
10 IT Unternehmen verpflichten die Datensätze die verwendet
11 werden genauer zu betrachten. Die SPD muss sicherstellen, dass
12 die zugrundeliegenden Daten nicht nur eine allgemeine Quali-
13 tätsprüfung unterzogen werden, sondern explizit darauf geach-
14 tet wird, dass Frauen* nicht diskriminiert werden. Es müssen
15 Prozesse entwickelt werden die eben dies sicherstellen. Dies
16 kann durch einen Zertifizierungsprozess geschehen, aber auch
17 in Form von verbindlichen Leitfäden für Algorithmus-Program-
18 mierung. Es muss eine gesetzliche Regulierung stattfinden, um
19 sicherzustellen, dass solche diskriminierenden Gesellschaftsbil-
20 der nicht zur Grundlage von Algorithmen genutzt werden. Dies
21 kann durch Prüfung von Datensätzen geschehen, aber kann
22 auch auf der Ebene der Algorithmen-Programmierung gesche-
23 hen.

24
25
26 **Begründung:**

27 Das KI sexistische sein kann, hat jüngst auch die UNESCO erkannt
28 1., Sprachassistenten haben eine Frauenstimme, sind geduldig
29 und antworten mitunter auch auf sexistische Aussagen positiv.
30 Diese offensichtliche Objektifizierung und Darstellung der Frau*
31 als Dienerin ist noch ein offensichtliches Problem im IT Bereich.
32 Ein anderes Problem, womit sich noch nicht genügend beschäf-
33 tigt wird ist die Diskriminierung von z.B. Frauen* bei Algorith-
34 men. Es gibt einige Beispiele für diskriminierende Algorithmen.
35 So hatte Amazons Bewerbungsalgorithmus Frauen* kategorisch
36 in der ersten Bewerbungsrunde rausgeschmissen, ein von Apple
37 und Goldman Sachs entwickelte Kreditvergabealgorithmus hat
38 Frauen* generell eine schlechtere Liquidität bescheinigt trotz
39 gleicher oder besserer Solvenz als der des Ehemanns. Das liegt an
40 den zu Grunde gelegten Daten. KI oder maschinelles Lernen,

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

41 funktioniert teilweise so, dass Programme mit Millionen von Da-
42 tensätzen gefüttert werden und auf Grundlage eben dieser Da-
43 ten vermeintlich neutrale Entscheidungsprozesse durchgeführt
44 werden. Wenn aber diese Daten schon kompromittiert sind
45 durch eine Ungleichbehandlung in der aktuellen Gesellschaft,
46 lernt die KI ebenfalls die Diskriminierung von Frauen* mit. Ein
47 weiteres Beispiel dafür wären medizinische Datensätze. Soll z.B.
48 eine KI aus medizinischen Studien alle relevanten Fakten zum
49 Forschungsstand und Weiterführung einer bestimmten Krank-
50 heit oder eines Medikaments erarbeiten, wird unweigerlich die
51 Frau benachteiligt.

52 Noch heute ist es so, dass Frauen* bei medizinischer Forschung
53 ausgelassen werden. Dies hätte zur Folge, dass eine KI den For-
54 schungsstand auf Basis von überwiegend männlichen Testperso-
55 nen analysiert und die Krankheitsverläufe oder potentiellen Ne-
56 benwirkungen bei Medikamenten der Frauen* nicht analysiert
57 werden.

58

59

60

61 Weiterleitung an:

62 - S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

63

64

2 **Antrag Nr. W 2**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Big Data – Blinde Flecken im Datenschutz schließen“**

5
6 **Antrag:**

7 Im Zeitalter der Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz erhält
8 die Speicherung von Massendaten, sog. Big Data, eine zuneh-
9 mende Bedeutung. Die unter dem Begriff "Big Data" zusammen-
10 gefassten Techniken ermöglichen es, spezifische Abfragen und
11 Analysen auf heterogenen Datenmengen durchzuführen, die für
12 eine herkömmliche manuelle Analyse zu groß oder komplex sind.
13 So generieren z.B. Musik- und Streaminganbieter*innen mittels
14 Big Data hochspezifische Profile von Nutzer*innen und leiten da-
15 raus individualisierte Playlisten und Filmempfehlungen ab. Die
16 Informationen aus denen diese Profile generiert werden, dienen
17 ursprünglich einem anderen Zweck. Wer wann, wie oft und wie
18 lange einen bestimmten Song hört, sind für Unternehmen wie
19 Spotify notwendige Informationen, um die Nutzung gegenüber
20 der Musikindustrie abzurechnen. Dieses Vorgehen steht exemp-
21 larisch für Big Data. Es wird auf Bestandsdaten zurückgegriffen,
22 die ursprünglich zu einem ganz anderen Zweck erhoben wurden.
23 Diese werden mit anderen Datensätzen fusioniert, um neue Er-
24 kenntnisse zu gewinnen. Wir wollen die blinden Flecken im Da-
25 tenschutz schließen und den Datenschutzbegriff umfassender
26 denken und erweitern. Daher fordern wir einen strengeren Da-
27 tenschutz auch bei extrapolierten, also aus Datensätzen abgelei-
28 teten, Informationen!

29 Zu den Unkalkulierbarkeiten von Big Data gehört die ständige
30 Gefahr der Reidentifizierung. Auch wenn Datensätze zuvor voll-
31 ständig anonymisiert wurden, so lassen sie in Kombination mit
32 anderen zumeist doch Schlüsse auf individuelle Personen zu. So
33 konnte bspw. die Informatikerin Latanya Sweeney bereits in den
34 90ern anhand von pseudonymisierten Krankenakten und öffent-
35 lich zugänglichen Daten aus einem Wähler*innenregister die Pa-
36 tientenakte des Gouverneurs von Massachusetts rekonstruieren.
37 2013 veröffentlichten deutsche Wissenschaftler*innen eine Un-
38 tersuchung von anonymisierten Handydaten, nach der im
39 Schnitt vier willkürliche Datenpunkte aus Uhrzeit und Standort
40 ausreichen, um das komplette Bewegungsprofil einer dahinter-
41 stehenden Person herauszufinden. Die Reidentifizierung von

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung als Material
an den Bezirksvorstand**

42 Personen aus anonymisierten oder pseudonymisierten Datensätzen wollen wir strafbewehrt verbieten.
43
44

45 Das europäische Datenschutzrecht ist maßgeblich durch die sog.
46 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) geprägt, von dem Gedanken der “informierten Einwilligung” geleitet ist. Eine Person
47 muss also grundsätzlich in Art und Umfang der Verarbeitung ihrer Daten einwilligen. In der Realität stehen diesem Grundsatz
48 mehrere Hürden im Weg. So ist oft nicht klar ersichtlich, welche Daten überhaupt genau erhoben werden. Zweitens ist nicht klar
49 nachvollziehbar, welche Wege die erhobenen Daten gehen, wie sie kopiert und wie genau verarbeitet werden und schließlich
50 kann man nicht wissen, welche Aussagen Daten in Verknüpfung mit anderen zulassen oder in Zukunft zulassen könnten. Vor dem
51 Hintergrund, dass eine einmal erteilte Einwilligung aufgrund eines Vertragsverhältnisses sowohl rechtlich, als auch praktisch
52 nicht rückwirkend widerrufen werden kann, ist das Prinzip der Datensouveränität in der DSGVO nicht zielführend. Die bisherigen
53 regulatorischen Ansätze erweisen sich also als unzureichend. Dennoch bieten Künstliche Intelligenz, Big Data & Co.
54 Möglichkeiten, die sich mit Blick auf dringend notwendige sozialökologische Transformation als unverzichtbar erweisen könnten.
55 Um den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen, braucht es intelligente Mobilitätsplanung, die sich an den
56 Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wenn der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingen soll, benötigen wir intelligente
57 Stromnetze, die sich innerhalb von Sekunden an Veränderungen in der Energieproduktion anpassen können. Es bedarf einer
58 neuen Herangehensweise an den Umgang mit Daten im digitalen Zeitalter. Der Schutz unserer Grundrechte muss dabei
59 oberste Priorität besitzen. Dazu müssen Konzepte wie “Privacy-by-Design” noch weitergedacht werden als es die Datenschutz-
60 grundverordnung bisher tut. Ein “Bike-Sharing”-Anbieter muss beispielsweise nicht wissen, wo sich gerade welche Person genau
61 befindet. Es genügt die Position der Fahrräder zu kennen und die Gewissheit, dass deren Nutzung richtig abgerechnet wird. Der
62 genaue Standort von Kund*innen muss nicht erfasst werden, um die Dienstleistung anbieten zu können. Die Sammlung von Daten
63 ohne genauen Anlass, aber mit dem Gedanken sie später ökonomisch verwerten zu können, darf nicht der Standard sein.
64 Gleichwohl sollen für festgelegte Zwecke auch mit Zustimmung der Nutzer*innen Daten erhoben werden können, um eine digitale
65 Dienstleistung verbessern zu können. Das Modell der “Datenspende” in der öffentlichen “Corona-Warn-App” kann dabei
66 ein Vorbild sein.
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86

Empfehlung der Antragskommission:

Empfehlung der
Antragskommission:

87 Durch den Einsatz automatisierter, algorithmischer Prozesse
88 werden Daten ausgewertet, um Entscheidungen zu treffen.
89 Diese Algorithmen lernen durch vorher von Menschen ge-
90 troffene Entscheidungen oder aufgrund ausgewählter Daten. Sie
91 bergen also die Gefahr des Eindrucks von Neutralität durch Tech-
92 nik, wobei eigentlich gesellschaftliche Vorurteile und Benachtei-
93 ligungen reproduziert und faktisch unsichtbar gemacht werden.
94 Sei es im Gesundheits- oder Finanzwesen, dem Ausschluss in Be-
95 werbungsverfahren oder der “präventiven” Beobachtung durch
96 Sicherheitskräfte: Automatisierte oder durch automatisierte
97 Verfahren unterstützte Entscheidungsprozesse müssen transpa-
98 rent und nachvollziehbar sein. Sie müssen dem Rechtsweg unter-
99 worfen und die Beweislast den Betreiber*innen dieser Systeme
100 aufgebürdet werden. Bei den Chancen, die große Datenmengen
101 und deren Verarbeitung mit sich bringen, ist für uns
102 klar: Niemand darf durch ihren Einsatz benachteiligt werden o-
103 der negative Konsequenzen zu fürchten haben. Sammlung, Um-
104 gang und Nutzbarmachung großer Datenmengen stellen rich-
105 tungsweisende Grundsatzfragen für die Wirtschaft und Gesell-
106 schaft unserer Zeit.

107
108 Begründung:
109

- 110 Weiterleitung an:
- 111 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 112 - SPD-Landesparteitag
 - 113 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 114 - SPD-Bundesparteitag
 - 115 - andere:
- 116

2 **Antrag Nr. W 3**

3 **Jusos Weser-Ems**

4 **„Kostenfreie Beförderung“**

5
6 **Antrag:**

7 Kostenfreie Beförderung für Schülerinnen, Schüler, Azubis, Stu-
8 dierende und Personen, die einen freiwilligen Dienst ableisten –
9 Chancengleichheit schaffen.

10
11
12 **Begründung:**

13 Wir fordern, dass die Beförderung für Schülerinnen und Schüler,
14 Studierende, sowie für Personen die einen freiwilligen Dienst ab-
15 leisten, kostenfrei wird. Die Kostenfreiheit muss dabei unabhän-
16 gig von den gewählten Schulformen, des besuchten Jahrgangs
17 und eines evtl. bereits vorhandenen Schulabschlusses sein.
18 Durch die aktuelle Klimadebatte kann somit auch das Verständ-
19 nis für die Nutzung des ÖPNV und SPNV attraktiver gemacht
20 werden.

21
22
23
24 **Weiterleitung an:**

- 25 - SPD-Landtagsfraktionen
26 - SPD-Landesparteitag
27 - SPD-Bundestagsfraktion
28 - SPD-Bundesparteitag
29 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch Wahlpro-
gramm der SPD Nieder-
sachsen zur Landtags-
wahl 2022**